

INSM
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs
Pressesprecher

wachs@insm.de
M +49 176 61649030

insm.de

Pressemitteilung

Berlin, 05.12.2023

PISA-Studie: INSM stellt Bildungspolitikern miserables Zeugnis aus

Berlin – Bei einer Demonstration anlässlich der Vorstellung der neuesten PISA-Studie stellte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Berlin vor dem Haus der Bundespressekonferenz den Bildungspolitikern ein schlechtes Zeugnis aus. Auf einem übergroßen Zeugnisplakat stand: „Wir empfehlen dringend Nachhilfe“. Grund ist das erneut verheerende deutsche Abschneiden in der PISA-Studie. INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben bemängelt: „Anstatt, dass die Werte steigen, sind sie gefallen. Die Politik hat nicht, oder falsch, gehandelt. Das bestätigt das Ergebnis unsere Bildungsmonitors, der seit zehn Jahren eine Verschlechterung der Bildungsergebnisse in Deutschland misst.“

Alsleben fordert eine „Zeitenwende in der Bildungspolitik“. Deutschland verliere in vielen Bereichen den Anschluss an die Weltspitze, seit einigen Jahren auch in der Bildungspolitik, so Alsleben: „Bildung ist der Schlüssel, um Deutschland aus der Abwärtsspirale zu holen. Wann handeln Bund und Länder endlich?“

Alsleben sieht es sehr kritisch, dass immer mehr Kinder in der Grundschule nicht ausreichend Deutsch sprechen: „Die Herausforderungen durch massive Zuwanderung haben leider auch viele Schulen überfordert. Die Länder müssen umsteuern und viel mehr in frühkindliche Bildung investieren. Wir brauchen eine Vorschulpflicht für alle, die nicht oder schlecht Deutsch sprechen.“

Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Sprachdefiziten müssten viel besser ausgestattet und die betroffenen Lehrkräfte mehr unterstützt werden, so die Forderung der INSM.

Auch habe sich die Corona-Politik als bildungs- und kinderfeindlich herausgestellt. Alsleben: „Es war frühzeitig absehbar, dass die Schulschließungen bei Corona mehr Schaden als Schadensvermeidung gebracht haben. Die Politik hat das zu spät zur Kenntnis genommen.“